

Festiwelt e.V.
Erich-Steinfurth-Straße 6
10243 Berlin

Ihre Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2021

Berlin, 28. Juni 2021

Marcel Schwemmlin
Landesgeschäftsführer

marcel.schwemmlin@fdp.de
www.fdp-berlin.de

FDP Landesverband Berlin
Dorotheenstraße 56
10117 Berlin

T: 030 278959-0

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten im Land Berlin und Ihre Geduld. Die von Ihnen übermittelten Wahlprüfsteine darf ich wie folgt beantworten.

A. Fehlende eindeutige Zuständigkeitsbereiche

1. Wie können Sie zukünftig sicherstellen, dass die Arbeit aller Filmfestivals als wichtiger Bestandteil des Berliner Kulturlebens durch eine klare landespolitische Zuständigkeit für die gesamte Bandbreite der kulturellen Filmfestivalarbeit langfristig unterstützt wird?

Der Zuschnitt der Ressorts folgt in der Regel den politischen Vorgaben, auf die sich politische Parteien zu Beginn ihrer Zusammenarbeit in Koalitionsverhandlungen verständigen. Er gilt dann mindestens bis zur nächsten Wahl. Doch auch unabhängig von der Ressortverteilung nach Wahlen können sich Regierungspartner auf eine Neuordnung der Zuständigkeiten verständigen. Die FDP wirbt immer dafür, die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar zuzuordnen, um das Handeln von Regierung und Verwaltung effektiver, transparent und bürgerfreundlicher zu gestalten.

Berlin und Brandenburg haben die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH mit der Filmförderung beauftragt. Sie hat 2021 mehr als 18 Millionen Euro für die Filmproduktion und Filmentwicklung in die Produktion serieller Formate, in den Verleih sowie sonstige Maßnahmen und Vorhaben ausgereicht.

2. In welchem landespolitischen (Kultur)ressort können nachhaltige und passgenaue Förderprogramme der Kunstform Film und kulturelle Filmfestivalarbeit geschaffen und transparent implementiert werden? Wie sollen diese finanziert und ausgestaltet werden?

Ihre Frage legt die Antwort nahe: In der Tat scheint das Kulturressort der „natürliche“ Verbündete und Ansprechpartner der Förderung des Films und der Filmfestivals. Die vorhandenen Aktivitäten finanziellen Engagements der

öffentlichen Hand genießen hohe Wertschätzung. Sie sind mit Blick auf ihre Rechtfertigung und die politische Verantwortung gegenüber den Steuerzahlern ständig zu evaluieren und zu verbessern. Die Politik tut dabei gut daran, sich nicht als Programmdirektor zu gerieren, sondern die Mittel im Interesse der Freiheit der Kunst nach objektiven und transparenten Kriterien und unterstützt durch Fachgremien zu vergeben.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat am 10. Mai 2021 gewarnt: „Die Bekämpfung der Pandemie lässt die öffentliche Verschuldung steigen. Der Kassensturz wird kommen.“ Damit steht verantwortungsbewusste Kulturpolitik vor der Herausforderung, Substanz zu sichern und Prioritäten zu setzen, ohne kommende Generationen zu überfordern.

Vor diesem Hintergrund warnen wir vor Illusionen und denen, die sie verbreiten. Alles, was das Land z.B. in eine ideologisch motivierte, letztlich aber nicht zielführenden Enteignungspolitik investiert wird, wenn gesetzlich zwingend milliardenschwere Entschädigungszahlungen erforderlich werden, fehlt zum Beispiel im Bereich der Kultur, wo lebenswichtige Produkte zur gesellschaftlichen Reflektion, aber auch Regeneration entstehen.

3. Wie wollen Sie dabei eine enge Kooperation zwischen den Organen der Landespolitik und den Interessensvertreter*innen der Filmfestivals unterstützen und wie kann das gewährleistet werden?

Die Landespolitik muss die vorhandenen Netzwerke und Foren, die sich auch im Zusammenhang mit Festivals ergeben, nutzen, um einen themennahen Austausch zwischen allen an der Filmförderung Interessierten zu fördern und das Verständnis für die wechselseitigen Bedürfnisse und Rahmenbedingungen zu vertiefen. Der parlamentarische Betrieb eröffnet Möglichkeiten, Expertise in Anhörungen einzuholen und nutzbar zu machen. Die FDP ist für ergänzende Formen der niedrigschwelligen breiten Beteiligung offen

B. Nachhaltige Förderung

1. Welche Maßnahmen können Sie ergreifen, um Filmfestivals kontinuierlich über mehrere Jahre zu unterstützen, was der Berliner Kulturlandschaft insgesamt zugutekommt?

Wir werden unsere Prioritäten im Laufe der Haushaltsberatungen für die Jahre 2022 und 2023 zur Geltung bringen. Dabei haben wir in unserem Einsatz für die Förderung von Kunst und Kultur immer auch die „Stadtreidite“ aller Investitionen in die Kultur- und Kreativwirtschaft im Auge. Sie berücksichtigt die Begleiteffekte eines lebendigen Kulturbetriebs für die Entwicklung in Wirtschaft und Tourismus.

2. 2021 wird erstmalig eine zweijährige Basisförderung für Projekträume und -initiativen in der Bildenden Kunst ausgeschrieben. Welche Möglichkeiten sehen Sie, auch für Filmfestivals vergleichbar mehrjährige Förderprogramme einzurichten?

Die kreative Szene prägt Berlins Ruf als Kulturstadt. Ihre Qualität und Vielfalt macht sie zu einem der wertvollsten Standortfaktoren unserer Stadt. Davon profitieren wir alle. Die Corona-Krise hat gerade die Berliner Kulturschaffenden besonders hart getroffen. Deshalb bedarf es einer besonderen Kraftanstrengung, das kulturelle Leben wieder zum Blühen zu bringen. Das Angebot an bezahlbaren Projekträumen entspricht bei weitem nicht der Nachfrage. Die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt trägt dazu bei, dass Künstler und Kulturschaffende immer weniger bezahlbare Räume für ihre Ateliers finden. Weder die vor fünf Jahren angekündigte Agentur für kulturelle Zwischennutzung freier Räume und Liegenschaften noch ein Kulturkataster wurden umgesetzt. Deshalb setzen wir uns als Freie Demokraten für private Plattform wie „Transiträume“ ein und möchten diese weiter stärken. Auf der anderen Seite wollen wir mit den Landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften Räume zur kulturellen Zwischennutzung zu schaffen. Neue Ateliers könnten zum Beispiel im leerstehenden Haus der Statistik entstehen.

Vor einer Ausdehnung der Basisförderung für Projekträume auch auf die Filmbranche muss die Nachhaltigkeit der eingeleiteten Maßnahmen gesichert werden, ehe im Rahmen der Haushaltsspielräume neue Projekte aufgelegt werden können.

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Erhöhung des Bundeshaushalts für die nationale und internationale Kulturförderung ein. Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Für eine freie Entwicklung brauchen die Künste Förderung, weil sich gerade das Neue und Originelle oft jenseits der selbsttragenden Vermarktung findet. Wir wollen einen Anstieg der institutionellen Förderung zur Stärkung der Institutionen in ihrer Unabhängigkeit.

3. Wie können bestehende Förderinstrumente optimiert werden, z. B. durch grundsätzliche Anerkennung von Verwaltungskosten, Erhöhung von Förderquoten o.a.? Dieses wäre vor allem für die zahlreichen Filmfestivals, die nicht wie die Berlinale institutionell gefördert werden, hilfreich.

Wir wollen Förderprogramme auch für kleinere Unternehmen und Solo-Selbstständige der Kultur- und Kreativwirtschaft öffnen. Förderanträge wollen wir vereinfachen. Die Kreativität soll in die Produktion, Platzierung und Präsentation am Markt fließen und weniger in die Administration von Fördermitteln. Für eine Diskussion, das unvermeidliche Minimum an Administration von Fördermitteln z.B. stärker bei den geforderten Eigenanteilen zu berücksichtigen, sind die Freien Demokraten offen.

C. Wertschätzung filmkuratorischer Arbeit

1. Wie beurteilen Sie die unterschiedliche Anerkennung kuratorischer Programmarbeit in den Kunstsparten Musik, bildende und darstellende Künste im Vergleich zu Film und Medien?

Anerkennung setzt Wahrnehmung voraus. Wahrscheinlich ist die kuratorische Arbeit der unterschiedlichen Kunstsparten unterschiedlich stark sichtbar und zur Geltung gebracht. Hier kann nur ein verstärkter Kommunikationsprozess zwischen Fördernden und Geförderten auch jenseits der Antragstellung und Ausführung die Resonanz verstärken und Relevanz unterstreichen. Vielleicht empfinden filmkuratorische Kräfte die Wertschätzung für Ihre Arbeit als defizitär, weil ihnen als nicht institutionell-angebundene Kuratoren der Resonanzraum von etablierten Galerien, Kunstsammlungen, Konzerthäusern, Musikfestivals und Museen fehlt.

2. Welche Möglichkeiten gäbe es, auch filmkuratorische Arbeit nachhaltig finanziell zu unterstützen?

Neben dem Engagement der Filmindustrie selbst fällt der Blick hier zunächst auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die in Deutschland die größten Finanzvolumina aus den Händen der Beitragszahler bewirtschaften. Sie bringen sich wie das ZDF prominent bei der Berlinale in Filmfestivals ein. Hier wäre im Dialog mit den Verantwortlichen und Führungsgremien zu erörtern, inwieweit externe filmkuratorische Expertise stärker benötigt wird, genutzt und beauftragt werden kann.

3. Was können Sie konkret dazu beitragen, um die prekäre Situation vieler Filmkurator:innen zu verbessern und die weitere Professionalisierung zu fördern?

Die FDP hat viel Verständnis für Soloselbständige. Wir treten für die leistungsgerechte Entlohnung künstlerischer Leistungen aus. Dabei setzen wir auf ein wertschätzendes und qualitätsbewusstes Miteinander zwischen denen, die künstlerische Leistungen bestellen und bezahlen, und denjenigen, die sie erbringen möchten. Zur Existenzsicherung von Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht vollständig selbst erwirtschaften können, schlägt die FDP eine Reform des Transfersystems vor:

Das Liberale Bürgergeld soll alle steuerfinanzierten Sozialleistungen zusammenfassen und nach einer Erklärung zu den individuellen Einkommens- und Vermögensverhältnissen durch eine staatliche Stelle, zum Beispiel das Finanzamt, ausgezahlt werden. Alle Bürger erklären sich gegenüber dem Finanzamt. Wer nachweisbaren Bedarf hat, erhält zur Sicherung seiner Existenz eine pauschalisierte Sozialleistung, das Bürgergeld. Wer Einkommen jenseits des gesetzlich geregelten Grundbedarfs hat, zahlt Steuern.

Das Liberale Bürgergeld setzt also eine Prüfung tatsächlicher Bedürftigkeit voraus und knüpft die Leistung an die Bereitschaft der Empfangenden, sich durch eine zumutbare (Gegen-)Leistung für die Solidarität und Unterstützung der Gemeinschaft der Einkommensteuerpflichtigen erkenntlich zeigen. Anders als die Verfechter eines Bedingungslosen Grundeinkommens wollen Liberale nicht alle und sogar Vermögensmillionären alimentieren, sondern Bedürftigen fokussiert helfen. Mit diesem entbürokratisierten Modell der sozialen Verantwortungsübernahme muss eine Steuerreform einhergehen, die Ausnahmetatbestände zurückführt und ein Steuerrecht realisiert, dass durch einfach nachvollziehbare Tarife und Regelungen für alle nachvollziehbar und transparent ist und so als gerecht akzeptiert wird.

Das Liberale Bürgergeld verschafft Menschen mit „gebrochenen“ Erwerbsbiographien, wie es Künstler zwischen ihren Engagements mitunter sind, soziale Sicherheit ohne Anreize zur eigenen Leistung zu ersticken. Mehrarbeit wird beim Bezug von Sozialtransfer nicht sofort wegversteuert und so mehr Raum auch für private Vorsorge bleibt, wenn diese im Alter trotz prekärer Beschäftigung über dem Minimum an gesicherter Altersvorsorge liegen soll.

Mit freundlichen Grüßen



Marcel Schwemmlin
Landesgeschäftsführer der FDP Berlin